

Postulat Hodel Thomas Alois und Mit. über die eigenständige Teilnahme der Luzerner Regierung an der Vernehmlassung zum EU-Rahmenabkommen

eröffnet am 16. Juni 2025

Der Regierungsrat wird beauftragt, sich im eigenen Namen und in eigener Verantwortung aktiv an der Vernehmlassung zum geplanten institutionellen Abkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union (EU) zu beteiligen.

Der Regierungsrat soll eine eigene Stellungnahme ausarbeiten und einreichen, welche die spezifischen Interessen des Kantons Luzern, insbesondere auch die Anliegen des ländlichen Raums, klar zum Ausdruck bringt.

Der Regierungsrat darf sich dabei nicht ausschliesslich auf die Position der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) stützen, sondern soll frei und eigenständig agieren.

Begründung:

Das geplante Rahmenabkommen mit der EU betrifft nicht nur die Aussenbeziehungen der Schweiz, sondern hat tiefgreifende Auswirkungen auf die Gesetzgebung, die Zuständigkeiten der Kantone und die demokratische Mitbestimmung. Der Kanton Luzern ist von solchen Fragen direkt betroffen, beispielsweise im Bereich des Arbeitsrechts, der flankierenden Massnahmen, der staatlichen Souveränität oder der Umsetzung von EU-Recht in kantonalen Strukturen. Gerade in einem föderalen System ist es wichtig, dass die Kantone ihre Interessen eigenständig und klar vertreten. Die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) kann dabei eine koordinierende Funktion übernehmen, ist jedoch kein Ersatz für eine eigenverantwortliche politische Haltung eines einzelnen Kantons. Dass sich der Luzerner Regierungsrat bisher nicht inhaltlich zur Ausgestaltung eines möglichen Rahmenabkommens äussert und sich hinter der Haltung der KdK zurückzieht, ist demokratiepolitisch ungenügend. Der Kanton Luzern verfügt über eine eigene politische Identität, ein eigenes Staatsverständnis und trägt Verantwortung gegenüber seiner Bevölkerung. Die Bevölkerung hat ein Anrecht darauf, die Haltung ihrer eigenen Regierung zu einem der zentralen politischen Dossiers der kommenden Jahre zu kennen. Dieses Postulat verlangt deshalb, dass der Regierungsrat selbst Stellung bezieht und seine Position im Rahmen der Vernehmlassung offenlegt.

Hodel Thomas Alois

Wicki Martin, Bucher Mario, Ineichen Benno, Kunz-Schwegler Isabelle, Küng Roland, Arnold Robi, Waldis Martin, Wandeler Andy, Knecht Willi, Steiner Bernhard, Müller Guido, Gerber Fritz, Lüthold Angela, Lingg Marcel, Ursprung Jasmin, Frank Reto, Zanolli Lisa, Lang Barbara, Stadelmann Fabian, Meyer-Huwyler Sandra, Bossart Rolf, Schnydrig Monika, Dahinden Stephan, Schumacher Urs Christian, Gfeller Thomas, Lötscher Hugo

